

Niederschrift

HAUPT/IX/021

Hauptausschuss der Stadt Korschbroich

Donnerstag, 15.11.2018, 16:00 Uhr

Ratssaal, Don-Bosco-Str. 6, 41352 Korschbroich

Tagesordnung

- I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Rat und Verwaltung zu richten.**

- II. Öffentlicher Teil**
 1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
 2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
 3. Haushalt_2019
 - a) Entwurf der Haushaltssatzung 2019 mit Haushaltsplan und Anlagen
 - b) 7. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes 2012Vorlage: IX/1020/1
 4. Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Korschbroich
Vorlage: IX/1051
 5. Stellen- und Organisationsplan 2019 der Stadt Korschbroich sowie Stellenpläne der städtischen Eigenbetriebe
Vorlage: IX/1021/1
 6. Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2019 in Verbindung mit der Neufassung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Korschbroich
Vorlage: IX/1033
 7. Mitteilungen
 8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

III. Nichtöffentlicher Teil

1. Beförderung eines Beamten
Vorlage: IX/1014
2. Stellenplan der Stadt Korschenbroich
3. Vergabemitteilung
hier: Beschaffung eines Mannschaftstransportfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr
4. Stundungen, Niederschlagung, Erlass von Geldforderungen
5. Mitteilungen
6. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Niederschrift

Der Ausschussvorsitzende Marc Venten eröffnet die XX. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Korschenbroich und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Weiter stellt er fest, dass der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beschlussfähig ist.

Einwendungen werden nicht erhoben.

I. Einwohnerfragestunde

Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird der Verwaltungsangestellte Volker Schäfer einstimmig bestellt.

2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Als Mitglied zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ausschussmitglied Jutta Gobel (Die Aktive) einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

3. Haushalt_2019

a) Entwurf der Haushaltssatzung 2019 mit Haushaltsplan und Anlagen

b) 7. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes 2012

Beschluss-Nr. IX/1020/1

Bevor Stadtkämmerer Thomas Dückers die Einleitung vornimmt, erläutert Bürgermeister Marc Venten folgende aufgestellte Gliederung der Haushaltsberatung:

1. Einleitung Stadtkämmerer Dückers
2. Anträge der Fraktionen
 - a) Ortsrecht und Stadtrecht
 - b) Organisation und Personal
 - c) Bauen, Wohnen und Liegenschaften
 - d) Straßen und Verkehr
 - e) Stadtentwicklung
 - f) Friedhöfe, Klima und Umwelt
 - g) Sonstiges
 - h) Finanzen und Steuern

3. Beratung und Beschlussfassung

1. Einleitung Stadtkämmerer Dückers

Stadtkämmerer Thomas Dückers teilt mit, dass der Haushalt im derzeitigen Entwurf für 2019 und auch im Hinblick auf das Jahr 2020 solide aufgestellt sei. Weiter stellt Herr Dückers anhand einer kleinen Präsentationstabelle die Potentiale für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 dar.

Risikobehaftet sei u. a. die SGB II Regelung mit dem Rhein-Kreis Neuss, da es bei der Neuregelung der Umverteilung von Bundeszuschüssen zu Mehrkosten kommen könnte.

Ergänzend erläutert Herr Dückers nun die positiven wie auch negativen Potentiale für das Haushaltsjahr 2019.

Gemäß der vorläufigen Eckdaten zur Kreisumlage ist potentiell mit Wenigerausgaben in Höhe von 1.010.485€ zu rechnen. Ebenfalls liegt ein Potential der Wenigerausgaben in Höhe von 125.178€ bei der Gewerbesteuerumlage vor. Sodann können durch die Herbststeuerschätzungen in den Bereichen Einkommensteuer (73.437€) und Gemeindeanteil Umsatzsteuer (253.975€) Mehreinnahmen generiert werden. Darüber hinaus wurde der Verwaltung kurzfristig mitgeteilt, dass Mehreinnahmen durch die Ausschüttung der Integrationspauschale in Höhe von 104.520€ zu erwarten sind.

Demgegenüber stehen die bereits genannten Risiken im Bereich SGB II sowie der Jugendamtsumlage in Höhe von 150.000€ und 355.933€. Ferner ist durch die Probejahressollstellung 2019 - Stand November - mit Einnahmeverlusten bei den Gewerbesteuern in Höhe von 600.000€ zu kalkulieren. Bedingt durch den Teilverzicht der Ausschüttung aus dem Gewinn des SAB liegen hier ebenso Wenigereinnahmen in Höhe von 250.000€ für das Haushaltsjahr 2019 vor. Herr Dückers führt weiter an, dass entgegen des vorliegenden Haushaltsentwurfes die Personalaufwendungen ansteigen, da zwei zusätzliche Stellen in der Verwaltung geschaffen wurden, die bei Aufstellung des Haushaltsplanes in den Personalaufwendungen noch nicht mit einbezogen wurden.

Zusammenfassend liegt für das Jahr 2019 eine Haushaltsverbesserung in Höhe von 101.662€ vor.

Vorausblickend teilt Herr Dückers mit, dass für das Haushaltsjahr 2020 die Jugendamtsumlage nachzeitigem Kenntnisstand auf 828.341€ ansteige und dies zu einer Haushaltsverschlechterung in Höhe von -165.509€ führt.

Fortführend zeigt Herr Dückers den Vergleich und die Auswirkungen der Haushaltsergebnisse der folgende Jahre auf, wenn die Grundsteuern nicht, teilweise (nur Grundsteuer B) oder gemäß dem eingebrachten Haushaltsentwurf angehoben würden. Bei einer Beibehaltung des derzeitigen Grundsteuer B Hebesatz 480 v. H. führt dies durchgängig für die Jahre 2019 – 2022 zu einem Minusergebnis zwischen -977.536€ bis -1.140.002€.

Bei einer Anhebung der Grundsteuer B auf Hebesatz 590 v. H. würde dies zwar ausnahmslos zu positiven Ergebnissen führen, jedoch sei der Haushalt für das Jahr 2020 mit einem Ergebnis i. H. v. 34.264€ einem hohen Risiko ausgesetzt.

Der eingebrachte Haushaltsentwurf weist hingegen auch für die Zukunft, insbesondere für die Jahre 2019 – 2022, einen soliden Haushalt auf.

Das Ausschussmitglied Lothar Endell (Die Aktive) fragt an, ob ein Ausdruck der Tabelle den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden kann. Herr Dückers bejaht dieses.

Die Präsentation ist als Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügt.

2. Anträge der Fraktionen

a) Ortsrecht und Stadtrat

- **Überarbeitung der Hauptsatzung**

Die Fraktionen FDP, Die Aktive sowie Bündnis 90/Die Grünen erläutern, dass in der Hauptsatzung der Stadt Korschenbroich weiterhin gem. § 4 Abs. 2 die Nebenstellen in Kleinenbroich und Glehn ausdrücklich vorgesehen sind. Ebenso werden diese gem. § 17 Abs. 3 der Hauptsatzung weiterhin als „Verwaltungsgebäude“ bezeichnet.

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass dort weiterhin Schreiben ausgelegt werden und auch Informationen über die dortigen Anschlagtafeln den Bürgern zugänglich gemacht würden. Herr Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) entgegnet, dass dies nicht ausreichend sei um die Bezeichnung „Nebenstelle“ oder „Verwaltungsgebäude“ fortzuführen.

Bürgermeister Venten zitiert den § 4 der Hauptsatzung und erläutert, dass sich der Begriff Nebenstelle auf das Gebäude beziehe und diese somit nicht als originäre Verwaltungsstellen anzusehen sind. Nach weiterer kurzer Diskussion wird Einigung darüber erzielt, dass § 4 Abs. 2 der Hauptsatzung entfällt. In § 17 Abs. 3 der Hauptsatzung wird für die Ortschaften Kleinenbroich und Glehn das Wort „Verwaltungsgebäude“ gestrichen und durch „Gebäude“ ersetzt.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.1

Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, eine korrigierende Änderung der Hauptsatzung wie folgt vorzunehmen:

§ 4 Abs. 2 der Hauptsatzung entfällt.

§ 17 Abs. 3 der Hauptsatzung wird bei den Ortschaften Kleinenbroich und Glehn das Wort „Verwaltungsgebäude“ durch „Gebäude“ ersetzt.

Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

- **Tablets für sachkundige Bürger**

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) nimmt die Einladung der Mandatos Schulung zum Anlass, Tablets für alle sachkundigen Bürger zu beantragen. Die Tablets seien erforderlich, da über diese auch die Einladungen für die entsprechenden Ausschüsse versendet würden. Nach seiner Kenntnis sind Tablets derzeit für 300€/Stk. zu beziehen. Die Finanzierung soll durch die Senkung des Hebesatzes der Kreisumlage und dem dadurch zu erwarteten Überschuss von 650.000€ erfolgen.

Bürgermeister Marc Venten führt an, dass der Stadtkämmerer in seinen Erläuterungen dargestellt hat, dass kein Überschuss in Höhe von 650.000€ vorliege. Herr Venten stimmt

Herrn Makowiack insoweit zu, wenn sachkundige Bürger eine Einladung zur Mandatos Schulung erhalten und an dieser teilnehmen, auch ein entsprechendes Endgerät für die Schulung benötigt wird. Dennoch besteht weiterhin die Möglichkeit für den sachkundigen Bürger die Einladungen zu den entsprechenden Ausschüssen auf Antrag in Papierform zu erhalten. Der damalige Ratsbeschluss zur Anschaffung der iPads beinhalte eine wirtschaftliche Berechnung über 2,5 Jahre Nutzungsdauer. Nimmt man dies als Grundlage zur Anschaffung der iPads für den sachkundigen Bürger, entstehe ein Mehraufwand in Höhe von 26.026€ bei einem Stückpreis von 479€.

Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) entgegnet, dass in der Metro iPads für 289€ zu erwerben seien.

Bürgermeister Marc Venten gibt zu bedenken, dass die Stadt Korschenbroich 127 sachkundige Bürger hat. Sodann trägt er in einem Rechenbeispiel vor, dass im vergangenen Jahr 64 sachkundige Bürger durchschnittlich an 1,7 Ausschüssen teilgenommen haben. Fraglich ist daher, ob ein so großer finanzieller Aufwand in Bezug auf die Teilnahme an Ausschusssitzungen angemessen sei.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) schlägt vor, den Fraktionen wenigstens 2-3 Tablets zukommen zu lassen, um diese an sachkundige Bürger weiterleiten zu können.

Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) hält die Idee grundsätzlich für gut, allerdings wurde eine andere Entscheidung getroffen als der Rat über die Anschaffung der Tablets entschieden hat. Er führt an, dass Beschlüsse nicht immer wieder selbst wiederlegt werden sollten. Zudem sei man mit den Tablets noch in der Probephase. Die Fraktion SPD wird sich gegen den Antrag aussprechen.

Bürgermeister Marc Venten verweist nochmals auf die Wirtschaftlichkeit.

Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) erläutert erneut, dass der Anlass für den Antrag die Einladung zur Mandatos Schulung gewesen sei. Ferner sieht er die Verteilung von iPads auch als Anerkennung der sachkundigen Bürger für die geleistete Arbeit und darüber hinaus auch als Werbung für die Politik um u. a. hierdurch junge Leute gewinnen zu können.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.2

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag ab, den Ausschussmitgliedern/sachkundigen Bürgern umgehend Tablets zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: 0 Stimmen dafür
 15 Stimmen dagegen
 2 Stimmenthaltungen

- Ratssitzungen per Livestream

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) erläutert den Antrag. Neben der Live-Übertragung könne auch eine Aufzeichnung der entsprechenden Sitzung zum Download im Internet zur Verfügung gestellt werden. Die technischen Voraussetzungen seien mit wenig Aufwand schnell erfüllbar.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.4

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag ab, die Verwaltung zu beauftragen, Informationen über das Interesse der Bürgerschaft an der Teilnahme an Ratssitzungen per Livestream bei anderen Kommunen einzuholen.

Abstimmungsergebnis: 5 Stimmen dafür
 11 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltung

b) Organisation und Personal

• Organisationsuntersuchung / Raumkonzept

Das Ausschussmitglied Paul Jahny (SPD) trägt den Antrag vor. Die Verwaltung habe selber qualifizierte Mitarbeiter die das Raumkonzept in gleicher Qualität in Eigenverantwortung erstellen können. Daher sollen die vorgesehenen Mittel i. H. v. 10.000€ gestrichen werden.

Der Stadtkämmerer Thomas Dückers teilt mit, dass eine Sperrung ausreichend sei und die gleiche Auswirkung habe, jedoch der Haushaltsentwurf mit Haushaltssatzung nicht neu gefasst werden müsse.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.5

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich, die im Rahmen der Organisationsoptimierung vorgesehenen Mittel i. H. v. 10.000€ zur Erstellung eines Raumkonzeptes zu sperren.

Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

• Sachstand Digitalisierung /Vergabemanagement

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) trägt den Antrag vor und möchte somit die Maßnahme der Digitalisierung im Vergabemanagement unter Beachtung der gesetzlichen Möglichkeiten vorantreiben / vereinfachen.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.6

Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah einen Bericht über den Sachstand der Digitalisierung des Vergabemanagements abzugeben und falls erforderlich Maßnahmen aufzuzeigen, um den Prozess zu beschleunigen.

Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

• Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) bezieht sich auf das Concunia-Gutachten und teilt mit, dass für die Wiedereingliederung Eigenbetrieb Stadtpflege noch keine Entschei-

ung gefallen sei und macht nochmal auf die im Gutachten angesprochenen Synergien im Personalbereich aufmerksam.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.7

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern im Falle einer Wiedereingliederung des Eigenbetriebes Stadtpflege in die Kernverwaltung die zu generierenden Personalkosteneinsparungen bereits für das Haushaltsjahr 2019 erzielt werden können.

Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

- **Stellenplan der Stadt Korschenbroich**

Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) unterbreitet den Vorschlag, diesen Antrag in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu verschieben. Bürgermeister Venten stimmt dem Vorschlag zu.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.8

Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beschließt, den Antrag zum Stellenplan der Stadt Korschenbroich gem. § 13 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Korschenbroich in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung unter dem neuen Tagesordnungspunkt III./2. Stellenplan der Stadt Korschenbroich zu verweisen. Die ursprüngliche Nummerierung der Tagesordnung verschiebt sich entsprechend.

- **Wiedereröffnung Verwaltungsnebenstellen Glehn und Kleinenbroich**

Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) hält es für erforderlich, die Verwaltungsnebenstellen in Glehn und Kleinenbroich wieder zu eröffnen. Zudem möchte er wissen, wie hoch die Einsparungen durch die Schließungen seien. Weiter wird vorgetragen das Rollstuhlfahrer keine Möglichkeit haben, die Hauptstelle in Korschenbroich mit dem Bürgerbus zu erreichen, da dieser nicht barrierefrei sei. Andere Kommunen bieten einen barrierefreien Bürgerbus an. Hier könne man mit minimalem finanziellem Aufwand die Wiedereröffnung der Nebenstellen durch den Überschuss finanzieren.

Bürgermeister Venten verweist bzgl. des Einsparpotenzials an Herrn Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen.

Stadtoberverwaltungsrat Drohen erläutert, dass die Einsparungen jährlich je Nebenstelle in Höhe von 16.000€ und somit auf insgesamt 32.000€/Jahr zu beziffern sind. Weitere Einsparungen liegen bei den Personalaufwendungen für die Verwaltungsmitarbeiter in Höhe von 11.000€ vor. Weitere, nicht bezifferte Einsparungen, liegen beim Arbeitsplatz durch KGST Vorgabe sowie Kosten im IT Bereich durch die nicht mehr vorhandene Anbindung an die ITK-Rheinland vor.

Bürgermeister Venten ergänzt, dass keine großen Beschwerden durch die Bürgerschaft vorliegen und somit weiterhin auf die Nebenstellen verzichtet werden könne.

Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) entgegnet, dass er mehrfach durch die Bevölkerung auf die Schließungen angesprochen würde und die Anbindung nach Kor-

schenbroich für Menschen mit Behinderung nicht ausreichend sei und er die Meinung des Bürgermeisters daher nicht teilen könne.

Bürgermeister Venten erklärt daraufhin, dass mit diesem Argument dann alle Stadtteile eine Nebenstelle vorweisen müssten.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.9

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag der Fraktion ULLi/Zentrum, die Nebenstellen in Glehn und Kleinenbroich wieder zu eröffnen, einstimmig ab.

Abstimmungsergebnis: 0 Stimmen dafür
 17 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

c) Bauen, Wohnen und Liegenschaften

- Übergangwohnheim Glehn in fester Bauweise als sozialer Wohnungsbau

Das Ausschussmitglied Peter Berger (CDU) bezieht sich auf den Informationsabend in Glehn, bei dem die Glehner Bürger über den geplanten Bau des Übergangwohnheimes an der Schanzer Weide informiert wurden. Er fragt an, ob das Gebäude ausschließlich von Flüchtlingen genutzt werden soll oder ob möglicherweise auch eine feste Bauweise als sozialer Wohnungsbau errichtet werden könne. Auch bezüglich der verwendeten Materialien besteht die Sorge, dass ein übliches Übergangwohnheim in Containerbauweise nicht die gleiche Haltbarkeit und somit auch eine geringere Nutzungsdauer vorweist wie die feste Bauweise. Ebenso wird die Ästhetik gegenüber der Containerbauweise angesprochen.

Beigeordneter Georg Onkelbach teilt mit, dass im vorliegenden Fall mehrere Planungskomponenten zu beachten seien. Er teilt mit, genauere Informationen zur Bauweise und im Hinblick auf die finanziellen Mittel im Fachausschuss für Bau und Verkehr am 04.12.2018 mitzuteilen.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.10

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob das geplante Übergangwohnheim in Glehn „Schanzer Weide“ alternativ in fester Bauweise als Objekt des sozialen Wohnungsbaus errichtet werden kann.

Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

- HH-Mittel Rathuserweiterung sperren

Das Ausschussmitglied Lothar Endell (Die Aktive) bemängelt, dass durch die Organisationsuntersuchung noch keine Ergebnisse vorliegen und somit der Raumbedarf ungeklärt sei. Sodann sei es nicht die Aufgabe der Organisationsuntersuchung eine Begründung für erhöhten Raumbedarf zu liefern.

Bürgermeister Venten äußert, dass nicht die Organisationsuntersuchung festgestellt habe dass erhöhter Raumbedarf besteht, sondern vielmehr die Raumprobleme zu einer Organisationsuntersuchung geführt haben.

Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) begrüßt den Antrag die Haushaltsmittel zu sperren, spricht sich jedoch für eine Teilsperrung aus. So sollen die Mittel für 2020 gesperrt werden.

Der Stadtkämmerer Thomas Dückers fragt an, ob die kompletten Planungskosten in Höhe von 130.000€ gesperrt werden sollen.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) antwortet und stellt klar, dass nicht die vollen 130.000€ gesperrt werden sollen, sondern die Mittel, die nicht für die Planungskosten benötigt würden.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen teilt mit, dass 130.000€ durchaus für die Planungskosten und darüber hinaus auch für Teilbaukosten auskömmlich seien.

Ausschussmitglied Paul Jahny (SPD) schlägt vor, dass die Verwaltung letztlich nur die Planung vornehmen solle und alles andere, was über die Planungskosten hinausgeht, gesperrt werden soll.

Beigeordneter Georg Onkelbach ergänzt, dass eine Summe in Höhe von 60.000€ durchaus als Planungskosten auskömmlich sei. Die weitere Leistungsphase müsse anschließend ohnehin neu beschlossen werden.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/ Die Grünen) macht darauf aufmerksam, dass die ursprüngliche Begründung für die Sperrung der Mittel – keine Ergebnisse für den Raumbedarf und somit kein Raumkonzept erforderlich ist – verloren gegangen sei.

Bürgermeister Marc Venten stellt fest, dass unterdessen ein Änderungsantrag vorliege und Mittel für die Planung in Höhe von 60.000€ bereitgestellt werden sollen. Die Mittel über 60.000€ sollen gesperrt werden.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.11

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich, für die Rathuserweiterung Sebastianusstr. 1 (INV60.064) Mittel in Höhe von 60.000€ als Planungskosten zur Verfügung zu stellen. Alle darüber hinausgehenden veranschlagten Mittel werden gesperrt.

Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

- **Kostendeckelung von Baumaßnahmen**

Ausschussmitglied Lothar Endell (Die Aktive) trägt den Antrag vor. Er führt an, dass das Gerätehaus Kleinenbroich nur ein Beispiel von vielen für die Kostensteigerungen bei Bauvorhaben sei, da auch aktuell Kostensteigerungen im Bereich KITAS und Hallenbad vorliegen würden. Ihm sei bewusst, dass die Ursache in der Hochkonjunktur der Baubranche liege. Fraglich sei, wie die Reaktion auf die Veränderungen bei den Baukosten sei. Man

habe beim damaligen Umbau des Gebäudeteils A des Gymnasiums gute Erfahrungen mit einer Kostendeckelung sowie einer entsprechenden Berichtspflicht gemacht.

Beigeordneter Georg Onkelbach teilt mit, dass eine Kostendeckelung bereits durch ein vom Rat beschlossene Budget vorliege. Weiterhin habe man Verständnis für regelmäßige Informationen. Allerdings treten – insbesondere im Bereich Feuerwehr – immer wieder neue Schwierigkeiten auf, da u. a. Vorgaben des BauG sowie diverse Lärmschutzmaßnahmen zu beachten und einzuhalten seien. Daher könne nicht, wie beim Umbau Gebäudeteil A Gymnasium, einfach eine Kostensteigerung durch Einsparungen ausgeglichen werden. Dennoch werden Sparmaßnahmen, die umsetzbar sind, auch eingehalten. Herr Onkelbach bringt zum Ausdruck, dass der Antrag aus seiner Sicht wenig Sinn ergebe. Die Situation sei insgesamt unbefriedigend und Entwicklungen im Bereich Feuerwehr nicht absehbar. Für das Gerätehaus Kleinenbroich seien externe Expertisen eingeholt worden. Hier liegen die Kosten sogar wesentlich höher, als die derzeit vorgetragenen Zahlen. Es wir zugesagt, zukünftig Informationen über Entwicklungen engmaschiger mitzuteilen.

Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) weist in diesem Zusammenhang nochmals auf den Bauboom sowie die Kostendeckelung durch das Budget hin. Herr Siegers hält den Antrag einer vierteljährigen Unterrichtung aber auch für sinnvoll.

Das Ausschussmitglied Frau Jutta Goebel (Die Aktive) fragt an, ob es nicht auch sinnvoll sei, Informationen auch außerhalb von Sitzungen mitzuteilen.

Bürgermeister Marc Venten antwortet, dass es eine große Anzahl an Ausschüsse gebe, in denen man dann entsprechende Informationen erhalten könne.

Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) ergänzt, dass man sich grundsätzlich in einer Zwickmühle befinde. Die allgemein bekannten Baukosten würden immer um 20%-30% höher ausfallen. Die angefangenen Bauvorhaben würden trotz Kostensteigerungen verständlicherweise zu Ende gebaut. Evtl. sollte man direkt höhere Ansätze bilden.

Beigeordneter Georg Onkelbach klärt auf, dass höhere Ansätze automatisch zu höheren Kosten bei Architekten führen. Daher würde er abraten, höhere Ansätze zu bilden und stattdessen eine realistische Einschätzung der Kostenermittlung vorzunehmen, so wie es die Verwaltung derzeit auch durchführt.

Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) teilt mit, dass Informationen sowohl im Planungsausschuss als auch im Bauausschuss mitgeteilt werden könnten, da alle Fraktionen dann vertreten seien.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) hält es für sinnvoll, vorliegende Informationen immer in dem Gremium mitzuteilen, welches als nächstes tagt.

Beigeordneter Onkelbach ergänzt, dass man das Eine machen könne ohne das Andere auszuschließen, daher kann man durchaus zukünftig an zwei Stellen informieren.

Bürgermeister Venten teilt mit, dass der Antrag wie folgt modifiziert wird.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.12

Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, engmaschig in den Ausschüssen über die Kostenentwicklungen von Bauvorhaben zu informieren.

- Grundstücksverkauf Raderbroich (ehemaliger Dorfplatz)
Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) erläutert den Antrag das Grundstück weiterhin zu veräußern.

Beigeordneter Onkelbach teilt mit, dass die Sache bereits im Planungsausschuss behandelt wird. In der ersten Sitzung 2019 des Planungsausschusses würden Informationen erfolgen.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.14

Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, die erforderlichen Maßnahmen für die Bebauung des freien städtischen Grundstückes im Bebauungsplan Nr. 10/1 „Raderbroich“ (ehemaliger Dorfplatz) zeitlich so zu gestalten, das ein Verkauf in 2019 oder 2020 möglich ist.

Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

d) Straßen und Verkehr

- Straßenausbaubeiträge abschaffen

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) trägt den Antrag vor. Die Straßenausbaubeiträge seien weiterhin ungerechtfertigt und es wird für die Abschaffung plädiert.

Stadtkämmerer Thomas Dückers erwidert, dass die Straßenausbaubeiträge seit einer „gefühlten Ewigkeit“ nicht abgerechnet wurden. Vermutlich sei eine Abschaffung auch nicht so einfach zu realisieren, da dieses auf Landesebene zu klären sei. Herr Dückers vertritt aber die Meinung, dass die Kosten nicht zu Lasten der Stadt gehen können.

Ausschussmitglied Siegers (CDU) erklärt, dass die CDU dem Antrag nicht zustimmen wird, da die Gegenfinanzierung nicht geklärt sei. Zudem würde eine Abschaffung dazu führen, dass jeder Bürger „seine“ Straße ausgebaut haben möchte. Ferner sei man der Ansicht, dass es Aufgabe des Landes sei über die Abschaffung zu beraten.

Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) sieht es ebenso als Aufgabe des Landes. Darüber hinaus empfindet er den Antrag als ironisch, da sich die FDP auf Landesebene gegen die Abschaffung ausgesprochen habe. Es könne nicht auf kommunaler Ebene geregelt werden. Da die SPD den Antrag als „Showantrag“ empfindet, wird man sich gegen den Antrag aussprechen.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) kann die Bedenken der Gegenfinanzierung nachvollziehen. Allerdings hätten Bürger bereits den Ausbau von Straßen verhindert und somit müsse geklärt werden, wie eine Finanzierung ohne Straßenausbaubeiträge vorgenommen werden könne.

Beigeordneter Georg Onkelbach berichtigt Herrn Andretzky und teilt mit, dass nicht der Bürger einen Straßenausbau verhindert habe, sondern der Rat diese Entscheidung getroffen habe.

Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) äußert erneut, dass diese Angelegenheit nichts dem Haushalt der Stadt Korschenbroich zu tun habe und verweist erneut auf die Zuständigkeit des Landes.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.15

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag ab, die Verwaltung zu beauftragen um mit den kommunalen Spitzenverbänden in Kontakt zu treten bzw. entsprechend einzuwirken, dass die Straußenausbaubeiträge abgeschafft werden.

Abstimmungsergebnis: 5 Stimmen dafür
 13 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

- **Optimierung Straßensanierung**

Ausschussmitglied Herr Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) äußert sich zum Antrag und stellt fest, dass ein Kataster erstellt werden solle, aus dem die maroden Straßen hervorgehen. Oftmals seien die Straßen so marode, dass diese nur oberflächlich mit Teer geflickt worden seien oder sanierte bzw. neugebaute Straßen oftmals nach zwei Wochen wieder geöffnet werden, da an den Versorgungsleitungen gearbeitet würde.

Beigeordneter Onkelbach erklärt, dass ein entsprechender Katasterauszug mit maroden Straßen durch das Amt 66 erstellt wurde. Ferner wird dargestellt, dass alle Versorgungsträger bei einem Neu-/ Umbau angeschrieben werden müssen, um ihre möglichen anfallenden Arbeiten gleichzeitig durchführen zu können. Die Praxis zeige aber ein anderes Bild, was leider auch nicht zu verhindern sei. Die Mittel für mögliche Sanierungen sind im unteren Bereich angesiedelt.

Bürgermeister Marc Venten sieht bei dieser Diskussion keinen Bezug zur Haushaltsberatung. Ferner weist der Bürgermeister darauf hin, zukünftig darauf zu achten, derartige Anträge in den entsprechenden Ausschüssen zu stellen. Eine Abstimmung möchte er nicht vornehmen.

Grundsätzlich stimmt das Ausschussmitglied Bernd Makowiack den Ausführungen des Bürgermeisters zu, jedoch seien derartige Anträge immer ein Thema im Hauptausschuss gewesen. Zudem könne man zu fast jedem Antrag einen Bezug zum Finanzhaushalt herstellen.

Dennoch wird der Antrag durch Herrn Makowiack zurückgezogen.

- **Fahrradfreundliche Stadt**

Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90 / Die Grünen) erklärt zu dem Antrag, dass die Straßen „Am Kuhlenhof“ und „Berliner Straße“ in Einbahnstraßen umgewandelt werden könnten und zudem Widmungen von Fahrradwegen vorgenommen werden könnten.

Der Bürgermeister Marc Venten sowie das Ausschussmitglied verweisen auf den Bauausschuss.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90 / Die Grünen) stellt den Bezug zum Haushalt aufgrund der neu geschaffenen Stelle im Bauamt her.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.16

Der Hauptausschuss verweist den Haushaltsantrag der Fraktionen Die Aktive, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen zur weiteren Behandlung an den Ausschuss für Bau und Verkehr.

Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

- **ÖPNV-Anbindung Glehner Heide / Anfrage**

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90 / Die Grünen) bezieht sich kurz auf den Antrag und stellt fest, dass diese Anfrage ebenfalls in den Ausschuss für Bau und Verkehr gehöre.

Bürgermeister Marc Venten fügt an, dass das Thema vermutlich deswegen aktuell sei, da es derzeit in der Presse behandelt würde. Zudem habe bereits eine Sitzung des Rhein-Kreis Neuss stattgefunden, da dieser Träger für den ÖPNV ist. Ferner wurden bereits durch die WEK und das Amt 66 Anfragen bzgl. der ÖPNV-Anbindung zur Glehner Heide gestellt. Derzeit wird zudem die Konzessionsvergabe neu aufgestellt, sodass alle Linien überprüft würden und nicht nur die Anbindung zur Glehner-Heide.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) spricht den besonderen Bedarf für die Anbindung an, zudem würden der Verwaltung Anfragen aus der Bevölkerung vorliegen, auf die die Verwaltung aber noch nicht reagiert habe.

Beigeordneter Onkelbach entgegnet, dass bisher nur eine Person Anfragen gestellt habe. Dennoch sei auch aus diesem Grund die Organisationsuntersuchung von besonderer Bedeutung, da die Zuständigkeit der Ämter nicht klar geregelt sei. Die Verwaltung wird durch die Organisationsuntersuchung vermutlich darüber aufgeklärt, ob die Zuständigkeit in der Planung oder beim Tiefbau liegt. Insgesamt ist dies aber ein sehr komplexes Thema da auch Konzessionsentscheidungen nicht klar seien. Unverständnis zeigt Herr Onkelbach jedoch dafür, dass die Anfrage aus der Bürgerschaft von der Verwaltung noch nicht beantwortet wurde, nur weil die Zuständigkeit nicht geklärt sei.

Der Antrag wird daher ohne Abstimmung auf den nächsten Ausschuss für Bau und Verkehr verwiesen.

- **Sondernutzung Außengastronomie**

Ausschussmitglied Lothar Endell (Die Aktive) trägt den Antrag vor mit der Bitte, die entstandenen Erträge aus Sondernutzungsgebühren für die Außengastronomie näher zu erläutern.

Stadtkämmerer Thomas Dückers erklärt, dass es sich hierbei um personenbezogene Daten handeln würde und dieses Thema aus datenschutzrechtlichen Gründen in den nichtöffentlichen Teil verschoben werden solle.

Beigeordneter Georg Onkelbach ergänzt, dass Gebühren veranschlagt werden und die Gastronomen diese auch entrichten.

Der Antrag wird ohne Abstimmung in den nichtöffentlichen Teil verschoben.

e) Stadtentwicklung

- **Entwicklung Gewerbegebiet Glehner Heide II**

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) erläutert den Antrag und fragt an, ob absehbar sei, welche Kosten und Erträge bei der Entwicklung des Gewerbegebietes zu erwarten seien.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90 / Die Grünen) verweist hierzu auf den Entwurf des Haushaltsplans.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.17

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Zeitplan für die Entwicklung des Gewerbegebietes „Glehner Heide II“ sowie eine Aufstellung der zu erwartenden Erschließungs- und weiterer Investitionskosten vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

- Gewerbliche Entwicklung Grundstück Regentenstraße / Ecke L 381

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) teilt mit, dass die Stadt Korschenbroich Eigentümerin des Grundstückes Regenstr. / L 381 sei. Daher könne das Grundstück als gewerbliche Fläche ausgewiesen und ggf. auch veräußert werden.

Ausschussmitglied Jutta Goebel (Die Aktive) fragt nach der genauen Lage und ob es sich um das Grundstück gegenüber des Autohauses Dresen handeln würde. Dies wird bejaht.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.18

Die Verwaltung wird beauftragt, das freiliegende Grundstück an der Regentenstraße, nördlich der Kreuzung zur Friedrich-Ebert-Str./L381 einer gewerblichen Nutzung zuzuführen.

Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

- Vorbereitung eines neuen Stadtentwicklungskonzeptes

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90 / Die Grünen) trägt den Antrag vor. Durchschnittlich seien die Bürger der Stadt Korschenbroich die ältesten im Rhein-Kreis Neuss, darüber hinaus habe man jährlich einen Einwohnerschwund von 0,9% vorzuweisen. Diesem Schwund kann derzeit durch diverse Neubaugebiete noch entgegengewirkt werden. Fraglich sei an dieser Stelle jedoch das Ziel der weiteren Entwicklung. Möchte die Stadt Wachstum, Stagnation oder Rückgang der Einwohner. Daher soll die Verwaltung für die Politik genaue Zahlen erstellen, aus der die Entwicklung hervorgeht.

Bürgermeister Marc Venten widerspricht der Analyse der vorgetragenen Zahlen. Die ältesten Städte im Rhein-Kreis Neuss seien inzwischen die Stadt Kaarst und die Stadt Meerbusch. Zudem sei die U18 Quote höher als noch im Jahr 2012. Ebenso habe man gegenüber dem Jahr 2012 einen Bevölkerungszuwachs von 750 Personen. Daher gehe man davon aus, dass die Bertelsmann-Prognose nicht stimme. Auch wird durch die gerade neu geschaffenen Baugebiete vermutlich ein Anstieg der Bevölkerung zu verzeichnen sein.

Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) sieht für diesen Antrag zwar keine Eilbedürftigkeit, teilt aber die Zustimmung seiner Fraktion mit.

Ergänzend trägt Ausschussmitglied Bernd Makowiack vor, dass er aufgrund des derzeitigen Kitabedarfes nicht an die Bertelsmann- Prognose glaubt.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.19

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Zeitraum bis Mitte/Ende der 20er Jahre die Auslastung der städtischen Infrastruktur zu ermitteln/prognostizieren und für die Politik aufzubereiten.

Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

- Wohnbebauung / Gewerbe im Raderbroicher Feld / Anfrage

Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) erläutert die Anfrage und weist auf die möglichen resultierenden Gewerbesteuerereinnahmen hin.

Beigeordneter Georg Onkelbach merkt an, dass diese Anfrage eigentlich in den entsprechenden Ausschuss gehöre. Dennoch erklärt Herr Onkelbach, dass die Fläche im Raderbroicher Feld ca. 19 Hektar beträgt. Es haben bereits Gespräche mit Planungsexperten stattgefunden, die von einer Gewerbeansiedlung im Raderbroicher Feld abgeraten haben. Man sei aber weiterhin bestrebt weiteres Gewerbepotential zu schaffen.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) fragt nach den Gründen, warum sich die Experten gegen eine Gewerbeansiedlung ausgesprochen haben.

Beigeordneter Herr Onkelbach erklärt, dass hauptsächlich die Einhaltung des Lärmschutzes dafür verantwortlich sei.

Bürgermeister Marc Venten weist darauf hin, dass die Anfrage im Planungsausschuss zu beraten sei.

Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) findet es schade, dass diese Anfrage nicht bereits im letzten Ausschuss gestellt wurde und trägt seine Bedenken vor, dass bei Schaffung eines Wohngebietes Korschenbroich geteilt werden könnte. Ferner verweist Herr Richter die Anfrage ebenso an den Planungsausschuss.

Die Anfrage wird ohne Abstimmung in den Planungsausschuss verwiesen.

- Forstwirtschaftsplan

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) bemängelt, dass jedes Jahr eine hohe Summe für die Forstwirtschaft veranschlagt werde aber kein Geld für Nebenstellen da sei. Grundsätzlich finde er Maßnahmen zur Umwelt sehr wichtig, jedoch sollten Maßnahmen ergriffen und Mittel anders aufgeteilt werden, so dass bei dieser Position kein Defizit vorzufinden ist.

Bürgermeister Venten verweist auf eine Behandlung im entsprechenden Ausschuss.

Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) ergänzt, dass man den Antrag ablehne, wenn dieser gestellt würde.

Herr Makowiack zieht den Antrag nach kurzer Diskussion zurück.

f) Friedhöfe, Klima und Umwelt

- Friedhofswesen / Bestattungskonzept

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) stellt fest, dass eine Abhandlung des Antrages im Fachausschuss besser angesiedelt sei. Dennoch wird eine Frage ohne Antwort in den Raum gestellt, wie die Bestattungskultur zukünftig aussehen soll.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.20

Der Hauptausschuss verweist den Haushaltsantrag der Fraktionen CDU, SPD zur weiteren Behandlung an den Fachausschuss.

Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

- Klimafreundliche Stadt

Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) äußert zum Antrag, dass alle Möglichkeiten einer Förderung genutzt werden sollten.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.21

Die Verwaltung wird beauftragt, die Schaffung der Voraussetzungen zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Korschenbroich zu prüfen.

Hierbei sind insbesondere die Möglichkeit der Einstellung eines Klimaschutzmanagers im Rahmen einer öffentlichen Förderung sowie die Nutzung weiterer Fördermöglichkeiten zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

- Initiative gegen Insektensterben

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) klärt auf, dass es durch diverse Maßnahmen in der Landwirtschaft zu einer Minderung der Population verschiedener Insektenarten um 80 % gekommen sei. Er führt fort, dass lt. einer Information des Landwirtschaftsmeisters Wolfgang Wappenschmidt, bereits ein Meter Restbreite bei Feldern und deren Bewirtschaftung ausreichend sei, dem Insektensterben entgegenzuwirken. Daher plädiere man dafür, Wildwiesen in Privatgärten anzuerkennen und mit einem Nachlass bei den Grundsteuern zu belohnen.

Bürgermeister Marc Venten ist sich der Ernsthaftigkeit des Themas bewusst, entkräftet dennoch den Antrag. Bei einer bestimmten Größe der Wildwiese wäre der Nachlass höher als die zu entrichtenden Grundsteuern und der Bürger würde womöglich noch Gelder generieren.

Auch Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) betont die Wichtigkeit des Themas, entgegnet aber, dass bereits bei einer Grundstücksgröße von 285 qm keine Grundsteuern mehr gezahlt werden müssten. Daher könne der Antrag nur abgelehnt werden.

Stadtkämmerer Thomas Dückers ergänzt, dass das Grundsteuergesetz die vorgeschlagene Steuerbefreiung nicht vorsieht.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.22

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag ab, Initiativen gegen das große Insektensterben anzuerkennen und durch Grundsteuerentlastung zu belohnen.

Abstimmungsergebnis: 0 Stimmen dafür
 18 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

- **Energiepolitische Maßnahmen**

Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) erklärt, dass die Verwendung von Solarenergie ein sehr wichtiger Aspekt sei und bei Verwendung von dieser z. B. beim Betrieb des Schwimmbades eingesetzt werden könnte. Ferner würden die Straßenlaternen zu früh eingeschaltet womit eine Energieverschwendung einhergehe und ebenso müsse eine Umstellung auf LED Birnen erfolgen. Auch solle man überlegen, ob ein Wechsel zu einem anderen Stromversorger zu Einsparungen führen könnte.

Beigeordneter Georg Onkelbach moniert, dass dieser Antrag erneut im falschen Gremium vorgetragen wurde und bittet darum, zukünftig auf die Zuständigkeit der verschiedenen Ausschüsse zu achten. Sodann teilt er mit, dass ein Wechsel zu einem anderen Stromversorger europaweit ausgeschlossen werden müsse. Zudem habe man bereits über einen Wechsel nachgedacht und hatte schon fortgeschrittene Gespräche mit einem Interessenten. Aufgrund von Einschränkungen durch das RPA sei der Interessent allerdings wieder abgesprungen, daher sei ein Anbieterwechsel nicht so einfach zu durchzuführen wie bei einem Privathaushalt. Bei der Verwendung von Solarpanelen und der damit im Zusammenhang stehenden Montierung auf dem Dach des Hallenbades stellt sich die Sachlage so dar, dass aufgrund der Statik nur eine nicht ausreichende Menge an Solarpanelen auf dem Dach des Hallenbades montiert werden könne. Sodann teilt Herr Onkelbach mit, dass beim Austausch von defekten Leuchtmittel in den Straßenlaternen bereits auf LED Technik zurückgegriffen wird. Herr Onkelbach bittet Herrn Makowiack den Antrag zurückzuziehen und auf den Bauausschuss zu verweisen.

Der Antrag wird zurückgezogen und ohne Abstimmung an den Bauausschuss verwiesen.

- **Maßnahmen gegen Umweltsünder**

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) erklärt, dass jedes Jahr ein stetiger Anstieg von wilden Müllkippen festzustellen sei. Datenschutzrechtliche Aspekte für eine Videoüberwachung sind nicht nachzuvollziehen, da auch Tonbandaufnahmen in Rats- und Ausschusssitzungen erlaubt seien. Die Stadt Mönchengladbach habe als Maßnahme spezielle Mitarbeiter gegen Umweltsünder eingestellt die kostendeckend arbeiten. Umweltsünder müssen für die verursachten Kosten aufkommen.

Beigeordneter Georg Onkelbach trägt vor, dass Kameras nicht einfach installiert werden dürfen. Man könne keine Grenze ziehen, wer wann und wo gefilmt werden darf. Grundsätzlich müssen Umweltsünder in flagranti erwischt werden. Ebenso können Unkosten nicht einfach refinanziert werden und die Stadt Korschenbroich kann aufgrund der Größe ebenso wenig mit der Stadt Mönchengladbach verglichen werden. Letztlich müsse der Rat über die Schaffung neuer Stellen gegen Umweltsünder beschließen.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) erklärt abschließend anhand eines Rechenbeispiels, dass für eine volle Zeitabdeckung der Überwachung von Umweltsünden 5 Mitarbeiter eingestellt werden müssten.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.23

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag ab, zusätzliche Maßnahmen zur Ermittlung der Verursacher von Umweltsünden zu ergreifen.

Abstimmungsergebnis: 0 Stimmen dafür
 18 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

g) Sonstiges

- Übertragung Sportstätten auf Vereine

Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) sieht in der Übertragung von Sportstätten an die Vereine Sparpotential, da Aufträge der Stadtpflege oder auch Bau- und Erhaltungsmaßnahmen direkt durch die Vereine erfolgen könnten. Dies sei bereits bei Tennisvereinen erfolgreich praktiziert worden.

Bürgermeister Marc Venten ergänzt, dass Übertragungen von Sportstätten an Sportvereine auch von der GPA empfohlen würden.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) zeigt sich erstaunt ob des Antrages, da sich die CDU vor einigen Jahren gegen eine Übertragung an Sportvereine ausgesprochen habe. Indes wird der Antrag befürwortet.

Auch das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) zeigt sich erfreut über den „mutigen“ Antrag und fügt an, dass eine Übernahme der Vereine nur auf freiwilliger Basis geschehen dürfe. Ferner sei zu beachten, dass der Schulbetrieb keine Einschränkungen erleide und auch freier Sport noch möglich sein müsse. Dies sollte im Vorfeld mit den entsprechenden Vereinen geklärt werden.

Ausschussmitglied Jutta Goebel (Die Aktive) erkundigt sich, ob es Sporthallen/Sportstätten gibt, die ausschließlich von Vereinen genutzt werden.

Bürgermeister Marc Venten antwortet, dass sowohl die Sporthalle Glehn als auch die Gymnastikhalle Steinforth ausschließlich durch einen Verein genutzt werden. Gleiches trifft für den Sportplatz Neersbroich zu. Die größte Anzahl von Sportstätten würde aber durch Schulsport und Vereine genutzt.

Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) fügt an, dass zeitnah Gespräche stattfinden müssen, da es bereits Interessenten gäbe.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.24

Die Verwaltung wird beauftragt, mit in Frage kommenden Sportvereinen Gespräche über eine mögliche Übertragung von städtischen Sportstätten auf diese, im Rahmen eines geeigneten Modells (z. B. Erbbaurecht), zu führen.

Hierbei sind jeweilige Übernahmemodelle so zu gestalten, dass sich auf Sicht Einsparungen für den städtischen Haushalt ergeben.

Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

- **Offener Ganzttag**

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) erläutert, dass Eltern Schwierigkeiten haben ihre Kinder im Offenen Ganzttag unterzubringen. Es muss die Möglichkeit untersucht werden, ob hierfür Mittel aufgebracht werden können, um ausreichend OGATA-Plätze zu schaffen.

Der Bürgermeister Marc Venten erläutert den Unterschied zwischen KiTa und OGATA. So stellt er fest, dass ein KiTa-Platz eine Pflichtaufgabe der Kommune ist, ein OGATA-Platz jedoch keine Pflichtaufgabe der Kommune sei. Fraglich ist, was „ausreichend“ Platz bedeutet.

Das Ausschussmitglied Albert Richter fügt an, dass hier der Schwerpunkt zu setzen sei um dieses herauszufinden.

Der Bürgermeister Marc Venten ergänzt, dass hierfür bereits Projektgruppen aufgestellt wurden.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) teilt weiterhin mit, dass es sich bei der Aufgabe der OGATA-Plätze um eine „Kann-Entscheidung“ handelt. Sollte es jedoch eine Pflichtaufgabe für Kommunen werden, entstehen hohe Kosten.

Bürgermeister Marc Venten ergänzt, dass die Deckungsquote auf 30-35% geschätzt wurde. Tatsächlich sei diese jedoch doppelt so hoch. Sollten OGATA-Plätze eine Pflichtaufgabe werden, dann würde diese Maßnahme vermutlich an das SGB angegliedert, sodass das Land von einer Kostenumlegung ausgeschlossen wird.

Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) stimmt den Ausführungen des Bürgermeisters Marc Venten ausdrücklich zu. Es ist davon auszugehen, dass es sich hierbei um einen hohen Kostenfaktor handelt.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) merkt an, dass man sich bei den OGATA-Plätzen frühzeitig aufstellen müsse. Er schätzt, dass sich das laufende Geschäft decken wird. Die Kosten sollen jedoch im Ausschuss aufgliedert werden.

Ausschussmitglied Jutta Goebel (Die Aktive) stellt dar, dass nicht klar hervorgehe, über was genau abgestimmt werden solle, wenn keine Kostenkalkulation vorliege.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) hält fest, dass OGATA-Plätze im Umfeld der Schulen entstehen müssen. Daher sei es notwendig, schnellstmöglich die Kosten zu ermitteln. Der Antrag soll als politisches Signal verstanden werden.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert, dass der Auftrag klar gegliedert sei und zwar soll die Verwaltung die Kosten ermitteln.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) sieht in dem Antrag die falsche Zuständigkeit des Hauptausschusses, da keine Aspekte für den Haushalt aufgeführt wurden.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.25

Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Maßnahmen aufzuzeigen, um ein ausreichendes Angebot der Ganztagesbetreuung an den Grundschulstandorten der Stadt Korschenbroich sicherzustellen. Hierbei sind solche Maßnahmen zu bevorzugen, die den Haushalt der Stadt Korschenbroich in geringerem Umfang belasten.

Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

- **Einbürgerung von Ausländern fördern**

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) weiß um die Bedeutung des ungewöhnlichen Antrages. Andere Kommunen fördern die Integration von Ausländern, die dadurch höhere Chancen auf dem Arbeitsmarkt besitzen würden. Durch die erzielten Gehälter der Ausländer, würden auch die Steuereinnahmen der Stadt steigen.

Stadtkämmerer Thomas Dückers verweist auf die Zuständigkeit der Ausländerbehörde des Rhein-Kreis Neuss. Vorab müssten allerdings auch Sondierungen durch die Stadt Korschenbroich erfolgen und somit liegt ein doppeltes Arbeitsaufkommen vor.

Die Ausschussmitglieder Thomas Siegers (CDU) und Albert Richter (SPD) stellen fest, dass eine Einbürgerung aufgrund von Steuererträgen sehr bedenklich sei.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) entgegnet, dass man jeden Antrag falsch verstehen kann, wenn man denn möchte. Zunächst würde es nur um ein Anschreiben gehen. Ferner wird die Frage an den Stadtkämmerer Thomas Dückers gestellt, ob Informationen beim Kreis eingeholt werden können, welche Personen für eine Einbürgerung überhaupt infrage kommen würden.

Stadtkämmerer Thomas Dückers betont nochmals, welchen Aufwand dies bedeuten würde, herauszufinden, welche Personen überhaupt einbürgerungsfähig seien. Dies würde eine doppelte Prüfung sowohl von der Stadt Korschenbroich als auch vom Rhein-Kreis Neuss hervorrufen.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) fragt an, welche Ausländer überhaupt konkret betroffen seien. Die Ausländerbehörde hat keine Kenntnisse über EU-Ausländer. Da somit nicht bestimmt werden kann, um welche Ausländer es sich konkret handelt, wird vorgeschlagen, den Antrag zurückzuziehen.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) erläutert zu den Ausführungen der CDU und SPD, dass es sich bei den Steuererträgen nur um einen Nebeneffekt handeln würde. Primär ginge um die Einbürgerung.

Das Ausschussmitglied Jochen Adretzky (Bündnis90/Die Grünen) erläutert abschließend, dass die Stadt Monheim bereits erfolgreich Einbürgerungen und somit die Integration von

Ausländern gefördert habe. Auch hier ging es primär um die Einbürgerung und nicht um Steuererträge.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.26

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag ab, die Verwaltung damit zu beauftragen, die in Korschenbroich lebenden Ausländerinnen und Ausländer (ohne Asylbewerber) anzuschreiben und auf die Möglichkeit der Einbürgerung hinzuweisen.

Abstimmungsergebnis: 5 Stimmen dafür
 13 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

- **Erstellung einer Facebook-Seite**

Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) stellt fest, dass der Antrag schon mehrfach gestellt wurde und man es dennoch für nötig erachte, diesen Antrag zu wiederholen, da das Kulturamt bereits erfolgreich einen Facebook-Auftritt betreibe.

Bürgermeister Marc Venten unterstützt den Antrag gibt aber zu bedenken, dass auf der Pressekonferenz des Rhein-Kreises Neuss darauf hingewiesen wurde, dass Facebook bereits ein auslaufender Internetauftritt sei und stattdessen Instagram und andere Dienstprogramme die Zukunft darstelle. Der Bürgermeister trägt weiter vor, dass es weiterhin am benötigten Personal scheitern würde. Kommunen, die bereits eine Facebook-Seite betreiben, besetzten hierfür vier Vollzeitstellen in der Presseabteilung. Darüber hinaus müsse ein Bereitschaftsdienst für die Pflege der Facebook-Seite zur Verfügung gestellt werden. Allein der Bereitschaftsdienst stellt eine 0,7 Stelle dar. Wenn der Rat die Stellen zur Verfügung stellt, könne eine Facebook-Seite sowie andere Internetauftritte betrieben werden.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) stellt fest, dass Kosten und Nutzen einer Facebook-Seite in keinem Verhältnis stehe. Zudem verliere Facebook an Attraktivität.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.27

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag ab, die Verwaltung zu beauftragen, über die aktuellen Ereignisse der Kultur-Facebook-Seite zu berichten.

Eine Facebook-Seite für die Stadt einzurichten und eine konkrete Terminierung der Einführung zu benennen.

Abstimmungsergebnis: 5 Stimmen dafür
 13 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

h) Finanzen und Steuern

- **Entzerrung der Haushaltsberatungen**

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) merkt an, dass die Verteilung des Haushaltsentwurfes im Bezug zu der Hauptausschusssitzung viel zu eng terminiert sei. Es wird vorgeschlagen, die Einbringung des Haushaltes 2020 auf den 26.09.2019 zu terminieren.

Stadtkämmerer Thomas Dückers zeigt Verständnis für den Antrag und teilt mit, dass es aus Sicht der Verwaltung ebenso gesehen wird. Als Einbringung des Haushaltes 2020 wird der 10.10.2019 vorgeschlagen.

Im Hauptausschuss besteht Konsens über die Einbringung des Haushaltes am 10.10.2019.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.28

Der Entwurf des Haushaltes 2020 wird im Jahr 2019 so rechtzeitig eingebracht, dass zwischen der Einbringung im Rat und der Beratung im Hauptausschuss ein Zeitraum von mindestens 4 Wochen liegt.

Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

- Gewinnausschüttung SAB

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) trägt den Antrag vor und führt an, dass die Gewinnausschüttung des SABs so auch im HSP steht, aber die Ermächtigung hierzu erteilt werden müsse.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) ergänzt, dass der Antrag analog dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt wird.

Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) bestätigt dies und teilt mit, dass es sich letztlich um eine Formalie handelt.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.29

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Betriebsausschuss den Teil des Jahresüberschusses des Städtischen Abwasserbetriebes Korschenbroich für das Geschäftsjahr 2017, der den sich aus ursprünglicher Eigenkapital Rendite sowie den im Haushaltssanierungsplan unter Maßnahme 8 festgesetzten Konsolidierungsbeitrag zusammensetzenden Betrag (insgesamt ca. 730.000,00 €) übersteigt, wird als Gewinnvortrag in das Jahr 2019 übernommen.

Damit wird die Voraussetzung geschaffen, den Konsolidierungsbeitrag unter der Maßnahme 8 des Haushaltssanierungsplanes um den entsprechenden Betrag zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

- Stille Beteiligungen „Strom“ und „Gas“ über SAB

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) bedauert, dass die schon lange geführte Diskussion um die Möglichkeit einer Übertragung der stillen Beteiligung von Strom und Gas der Städtischen Abwasserbetriebe nicht in Anspruch genommen wurde.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) merkt an, dass Geld bekanntlich nicht auf der Straße liege, daher sei eine stille Beteiligung auch risikobehaftet.

- Grundsteuer B unverändert

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) trägt vor, dass der Stadtkämmerer soeben neue Zahlen vorgelegt habe und überraschenderweise ein Risiko bei den Gewerbesteuern in Höhe von -600.000€ vorliegen würde. Daher sei ihm nun bewusst, dass eine Grundsteuererhöhung nicht vermeidbar sei, allerdings müsse diese nicht in der Höhe ausfallen wie sie veranschlagt wurde.

Der Stadtkämmerer Thomas Dückers ergänzt, dass Zahlen teilweise erst in den letzten Tagen bekannt gegeben wurden und daher die Prognosen und Potentiale erst kurzfristig erstellt werden konnten.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) zeigt sich erfreut darüber, dass der Stadtkämmerer vor der Beschlusslage über die neuen Zahlen informiert hat. Auch wenn die Zahlen zu keinem positiven Ergebnis führen, da die Steuern weiterhin erhöht werden müssen und man aufgrund der Zahlen auch keine anderen Gelder generieren kann. Somit kann man den Argumenten des Kämmerers nichts entgegenstellen.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers zeigt seine Verärgerung darüber, dass das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) dem Stadtkämmerer unterstellt, er habe die Zahlen bewusst zu diesem späten Zeitpunkt mitgeteilt. Mit dem Haushaltsentwurf seien Risiken aber auch Chancen vorhanden.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach, warum die zwei neu geschaffenen Stellen im Stellenplan ausgewiesen sind aber nicht im Haushaltsplan.

Der Stadtkämmerer Thomas Dückers klärt auf, dass der Stellenplan bereits fertig gestellt wurde bevor die Personalkosten in den Haushaltsplan eingetragen wurden.

Das Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter (CDU) zeigt seine Verärgerung darüber, dass er der Presse entnehmen konnte, dass der Bund Steuererträge in Höhe von 54 Milliarden generiert habe aber keine gerechte Verteilung des Geldes vornehme. Auch der Rhein-Kreis Neuss bediene sich gerne an Geldern anstatt diese weiterzuleiten bzw. gerecht zu verteilen. Herr Holzenleuchter möchte ein politisches Signal gegen die Steuererhöhung aussprechen. Steuern seien in der Bevölkerung ein sensibles Thema. Bildung, Umwelt, Wohnraum sind alles Aufgaben der Politik. Von einer Grundsteuererhöhung seien alle Bürger betroffen. Bauherren, die erst kürzlich eine mit Risiko behaftete Finanzierung getätigt haben seien u. a. schwer von einer Grundsteuererhöhung betroffen. Daher werde er gegen eine Steuererhöhung stimmen, obwohl ihm die Problematik und die Notwendigkeit durchaus bewusst seien.

Das Ausschussmitglied Bernd Markowiack (ULLi/Zentrum) bedankt sich für die Worte seines Vorredners. Dieser habe ihm aus der Seele gesprochen. In Bezug auf seinen Antrag merkt er an, dass bei der Stadt Korschenbroich im letzten Jahr 800.000,00 € in die Ausgleichsrücklage geflossen seien. Aus seiner Sicht ist fraglich, warum Gelder aus der Ausgleichsrücklage der Steuererhöhung nicht entgegenwirken. Nach seinem Empfinden sei die Rücklage als Sparstrumpf anzusehen. Sollte eine Finanzierung durch die Rücklage und den Überschuss erfolgen, könnten die Grundsteuer B auf 480 v.H. belassen werden.

Der Stadtkämmerer Thomas Dückers verweist auf den Stärkungspakt. Ziele des Stärkungspaktes seien die Entschuldung sowie die Tilgung der Kassenkredite. Der Stärkungspakt habe neben den Vorteilen eben auch Konsequenzen.

Verständnis zeigt das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) gegen die Steuererhöhung. Jedoch seien damals viele Ausschussmitglieder dabei gewesen, als für den Stärkungspakt abgestimmt wurde. Er weist darauf hin, dass ohne Stärkungspakt inzwischen vermutlich ein höherer Steuersatz gelten würde. Es wurden negative Auswirkungen des Stärkungspaktes einfach nicht bedacht sondern nur die positiven Aspekte gesehen. Daher gebe es im Moment keine Möglichkeit die Grundsteuer nicht anzuheben. Sollte die Grundsteuer auf 480 v.H. bleiben, würde der Haushalt nicht genehmigt und ein Kommissar der Bezirksregierung eingesetzt, der die Grundsteuern ebenfalls erhöhen würde. Dann habe der Rat der Stadt Korschenbroich allerdings keine Möglichkeit mehr die Höhe der Grundsteuer zu beeinflussen.

Wenn Gelder da wären, sodass die Steuer auf 480 v.H. verbleiben könnte, wäre er der erste der für die Beibehaltung des Steuerhebesatzes stimmen würde. Da jedoch kein Vorschlag vorliegt, der eine Umgehung der Steuererhöhung umfasst, stimme er lieber für die 590 v.H., sodass er noch selbst mitbestimmen kann, bevor ein eingesetzter Kommissar dies ohne Einflussnahme übernimmt.

Der Bürgermeister Marc Venten ergänzt, dass man sowieso vor einer Grundsteuerreform stehen würde und er davon ausgehe, dass alle Beeinflussungen dann nicht mehr möglich seien. Wenn man einen Vergleich heranzieht, so lag der Hebesatz der Grundsteuer B im Jahre 1990 bei 300 v.H. Wäre eine dynamische Erhöhung vorhanden, so wie es zukünftig höchstwahrscheinlich zu erwarten sei, hätten sich die Hebesätze von 1990 bis zum heutigen Zeitpunkt auf 645 v.H. erhöht. Somit liege man mit dem vorgeschlagenen Hebesatz unter einem möglichen dynamischen Hebesatz. Hätte es einen dynamischen Hebesatz bereits gegeben, würde man an dieser Stelle nicht über eine Steuererhöhung diskutieren.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) teilt mit, dass die Ausführungen des Fraktionsmitgliedes Peter Holzenleuchter (CDU) sicherlich ungewöhnlich sind wenn aus einer Fraktion unterschiedliche Meinungen hervorgehen, jedoch könne man hieraus erkennen, dass die CDU eine Volkspartei sei. Allerdings habe er die Ausführungen von Herrn Holzenleuchter von der Opposition erwartet anstatt von einem eigenen Fraktionsmitglied.

Das Ausschussmitglied Bernd Markowiack (ULLi/Zentrum) nimmt zu den Worten des Ausschussmitgliedes Thomas Siegers Stellung und führt nochmals an, dass der Überschuss in Höhe von 800.000,00 € dazu verwendet werden könnte die Steuern nicht in dieser Höhe zu erhöhen. Schließlich stehe nirgends geschrieben, dass das Geld in die Rücklage fließen muss.

Bürgermeister Marc Venten gibt zu verstehen, dass das NKF es vorgebe, den Überschuss in die Rücklage fließen zu lassen. Ferner dürfe man sich nicht vorstellen, dass dies echtes Geld sei. Überschüsse reduzieren den Kassenkreditbestand.

Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) gibt den Hinweis, dass immer ein Risiko bei den Zinsen vorliegen würde. Bei einem Anstieg des Zinssatzes würden Probleme bei der Tilgung der Kassenkreditzinsen entstehen. Daher habe die Rücklage sowie der Abbau der Kassenkredite Priorität.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) nimmt Bezug zu den Ausführungen von Herrn Siegers und teilt mit, dass nicht nur CDU und SPD für das Wohl der Stadt gesorgt hätten, sondern auch die anderen Fraktionen in der Vergangenheit gute Vorschläge gemacht hätten. Sodann liege aus seiner Sicht keine ausreichende Begründung für die Erhöhung der Grundsteuer in dieser Größenordnung vor.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) ergänzt, dass es das gute Recht der Opposition sei Anträge abzulehnen, auch wenn keine besseren Vorschläge vorgetragen werden können.

Das Ausschussmitglied Peter Josef Fels (SPD) spricht sich indes für die Erhöhung auf 590 v.H. aus. Die Stadt Korschenbroich werbe mit dem Slogan „Stadt.Land. Heimat“. Doch welche Folgen resultieren aus dem Slogan. Man müsse dem Bürger auch etwas anbieten. Viele freiwillige Leistungen wurden trotz des Stärkungspaktes weiter fortgeführt oder sogar ausgebaut. Wenn man nicht verzichten möchte, könne man sich auf der anderen Seite nicht über eine Steuererhöhung beklagen. Die Stadt Hagen, die sich ebenfalls im Stärkungspakt befindet, biete beispielsweise kaum noch freiwillige Leistungen an. Die Meinung von Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter ist grundsätzlich nachvollziehbar, allerdings keine werde man trotzdem für die Steuererhöhung stimmen.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.32

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag ab, die Erhöhung der Grundsteuer aus dem Haushaltsplan zu streichen sowie den Hebesatz der Grundsteuer B bei 480 v.H. zu belassen.

Abstimmungsergebnis: 6 Stimmen dafür
 12 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

- Grundsteuer A auf 325 v. H. erhöhen, Grundsteuer B unverändert

Da über die Grundsteuer B bereits beschlossen wurde, reduziert das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) seinen Antrag auf die Grundsteuer A. Hierbei stellt Herr Makowiack einen Vergleich bei den Erhöhungen der Grundsteuern A und Grundsteuern B an und stellt fest, dass seit dem Jahr 2010 die Grundsteuer A um 25% und die Grundsteuer B um 47,5% gestiegen sei. Daher stelle sich die Frage, warum die Grundsteuer A nicht analog zur Grundsteuer B angestiegen ist. Im Rahmen des Gleichbehandlungsgrundsatzes müsse man daher die Grundsteuer A auf 325 v. H. anheben.

Der Stadtkämmerer Thomas Dückers klärt auf, dass aufgrund der Witterungsbedingungen die Landwirte bereits Einbußen bei der Ernte in Kauf nehmen mussten und man diese nicht noch zusätzlich finanziell belasten wolle.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.33

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag ab, die Grundsteuer A auf 325 v. H. zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: 0 Stimmen dafür
 18 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Nachdem über alle Anträge der Fraktionen beraten und beschlossen wurde, setzt Bürgermeister Marc Venten die Sitzung gem. der Tagesordnungspunkte fort.

Beschluss-Nr. IX/1020/1.34

Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat bei Gegenstimmen der Ratsfraktionen Die Aktive, FDP, der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen sowie einer Stimment-

6. Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2019 in Verbindung mit der Neufassung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Korschenbroich

Beschluss-Nr. IX/1033

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zu dem vorgenannten Tagesordnungspunkt zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat zu beschließen:

Die Neufestsetzung der Abfallentsorgungsgebühren zum 01.01.2019 auf der Basis der als Anlage 1 beigefügten Gebührenbedarfsberechnung.

Die Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Korschenbroich mit Wirkung vom 01.01.2019 – Anlage 3.

Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür
 2 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

7. Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen eröffnet

8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Bürgermeister Marc Venten stellt fest, dass keine Anfragen der Ausschussmitglieder vorliegen.

Hiermit bestätige ich, dass diese digitale Ausfertigung der Niederschrift mit dem Original übereinstimmt.

gez.
Marc Venten
Bürgermeister